

Liechtenstein

Länderbericht über Menschenrechtspraktiken - 2006

Herausgegeben vom vom Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsfragen

6. März 2007

Das Fürstentum Liechtenstein ist eine konstitutionelle Monarchie mit parlamentarischer Regierung und einer Bevölkerung von ungefähr 35 tausend Einwohnern. Der Landtag (Einkammerparlament) nominiert und der Fürst ernennt die Mitglieder der Regierung. Eine zwei-Parteien Koalitionsregierung formierte sich nach freien und fairen Landtagswahlen im März 2005. Die zivilen Behörden behielten im Allgemeinen die effektive Kontrolle über die Sicherheitskräfte.

Die staatlichen Behörden respektierten im Allgemeinen die Menschenrechte ihrer Staatsbürger, und das Rechts- und Gerichtswesen stellten probate Mittel des Rekurs in einzelnen Fällen der Missachtung. Es wurden Berichte laut von Gewalt gegen Frauen, einschliesslich häuslicher Gewalt, und des Missbrauchs von Kindern. Die Behörden gingen in diesen Angelegenheiten wirkungsvoll vor.

Achtung der Menschenrechte

Abschnitt 1: Achtung der persönlichen Integrität, einschliesslich Freiheit von:

a. Willkürlicher oder extralegalen Tötung

Es verlauteten keine Berichte, dass die Regierung oder ihre Agenten willkürliche oder extralegale Tötungen begingen.

b. Verschwindenlassen

Es verlauteten keine Berichte von aus politischen Gründen verschwundenen Personen.

c. Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe

Die Verfassung und Gesetze verbieten derartige Praktiken, und es verlauteten keine Berichte, dass Angehörige der Regierung diese anwandten.

Haftbedingungen in Gefängnissen und Strafanstalten

Die Haftbedingungen in Gefängnissen entsprachen im Allgemeinen den internationalen Anforderungen und die Regierung gestattete Besuche von unabhängigen Menschenrechtsbeobachtern. Der letzte Besuch erfolgte 2004, als der Menschenrechtskommissar des Europarats das einzige Gefängnis besuchte und berichtete, dass es im Allgemeinen internationalen Anforderungen genüge.

d. Willkürlicher Festnahme oder Inhaftierung

Die Verfassung und Gesetze verbieten willkürliche Festnahmen oder Haft, und die Regierung hielt sich im Allgemeinen an diese Verbote.

Rolle der Polizei und des Sicherheitsapparats

Die Sicherheitskräfte bestehen aus den regulären und unterstützenden Polizeikräften unter der Führung des Innenministeriums. Es gibt keine militärischen Streitkräfte. Korruption und Straflosigkeit stellten keine Probleme dar. Die Landespolizei meldet Anschuldigungen von missbräuchlichen Polizeieinsätzen automatisch der Staatsanwaltschaft, und jede Person, der eine unrechtmässige Polizeimassnahme widerfährt, kann sich auch beim Chef der Landespolizei beschweren. Unterlassen es entweder die Staatsanwaltschaft oder der Chef der Landespolizei, eine Untersuchung einzuleiten, kann dagegen bei der Regierung und, nächstinstanzlich, beim Staatsgerichtshof rekuriert werden.

Festnahme und Inhaftierung

Die Polizei verhaftet eine verdächtige Person aufgrund eines vom Landgericht ausgestellten Haftbefehls. Binnen 48 Stunden nach einer Festnahme muss die Landespolizei Verdächtige einem Untersuchungsrichter vorführen, welcher entweder formell Anklage erheben oder die Haftentlassung anordnen muss; die Behörden hielten sich an diese Bestimmungen. Eine Freilassung gegen Kautions ist zulässig ausser der Untersuchungsrichter hat Grund zur Annahme, dass die verdächtige Person eine Gefährdung für die Bevölkerung darstellt oder nicht zum Gerichtsverfahren erscheinen würde. Das Gesetz gewährt Verdächtigten das Recht auf freie Wahl des Rechtsbeistands, und mittellosen Personen stand auf Staatskosten ein Verteidiger zur Seite. Allerdings gewährt das Gesetz einer verdächtigten Person Zugang zu einem Rechtsanwalt erst nachdem ein Untersuchungsrichter formell Anklage erhoben hat. Während der Polizeihaft sind im Allgemeinen keine Besuche erlaubt, aber Verdächtige können Familienangehörige benachrichtigen. Während der Untersuchungshaft können Besuche überwacht werden, um ein Manipulieren von Beweismaterial zu verhindern.

Der Menschenrechtskommissar des Europarats kritisierte im Mai 2005, dass das Gesetz keinen sofortigen Rechtsbeistand ab dem Moment der Inhaftierung gewährt.

Im Jahre 2004 äusserte die UNO-Menschenrechtskommission ähnliche Bedenken über Unzulänglichkeiten beim Schutz von verhafteten oder inhaftierten Personen, wobei sie vermerkte, dass das Gesetz der Polizei nicht vorschreibt, diese über ihr Recht zu informieren, die Aussage zu verweigern, umgehend einem Richter vorgeführt zu werden und Zugang zu einem Rechtsbeistand zu haben. Als Reaktion auf diese Vorwürfe erliess die Landespolizei 2004 interne Weisungen an die Belegschaft, Verdächtige auf Wunsch Zugang zu einem Rechtsanwalt zu gewähren.

e. Verweigerung eines fairen öffentlichen Verfahrens

Die Verfassung und Gesetze garantieren eine unabhängige Justiz, und die Regierung wahrte im Allgemeinen die richterliche Unabhängigkeit.

Das Justizwesen hat drei Ebenen: ein erstinstanzliches Gericht, ein Berufungsgericht und das Oberste Gericht. Das Landgericht ist das erstinstanzliche Gericht für alle Zivil- und Strafverfahren. Zusätzlich gibt es zwei Gerichte ausserhalb der drei Ebenen: der Verwaltungsgerichtshof behandelt Beschwerden gegen Regierungsentscheide und der Staatsgerichtshof überprüft die Verfassungsmässigkeit von Gesetzen, Verordnungen und Staatsverträgen. Daneben schützt er die Grundrechte der Verfassung, entscheidet in Zuständigkeitskonflikten zwischen den Gerichtsinstanzen und den Verwaltungsbehörden und amtiert als Disziplinargericht für Mitglieder der Regierung.

Im Jahre 2004 äusserte die UNO-Menschenrechtskommission Bedenken, dass der Mechanismus der Ernennung und Anstellung von Richtern unvereinbar sei mit dem Prinzip der Unabhängigkeit der Justiz.

Gerichtsverfahren

Die Verfassung und Gesetze garantieren das Recht auf ein faires Verfahren, und ein unabhängiges Justizwesen verschaffte diesem Recht im Allgemeinen Geltung. Verfahren wegen leichten Vergehen werden von einem Einzelrichter beurteilt, gravierendere oder komplizierte Fälle von einem Gremium von Richtern und die schwerwiegendsten Fälle einschliesslich Mord durch ein Geschworenengericht. Das Gesetz gewährt Angeklagten das Recht auf freie Wahl des Rechtsbeistands, und mittellosen Personen stand auf Staatskosten ein Verteidiger zur Seite. Angeklagte können Zeugen oder Beweismaterial anfechten und Entlastungszeugen oder –material vorbringen. Angeklagte geniessen die Unschuldsvermutung und haben Einsicht in das für ihr Verfahren relevante Aktenmaterial der Untersuchungsbehörden. Jene die verurteilt werden, haben das Recht, das Urteil anzufechten, letztinstanzlich bis zum Obersten Gerichtshof.

Politische Gefangene

Es verlauteten keine Berichte von politischen Häftlingen.

Zivilrechtliche Verfahren und Rechtsmittel

Es gibt ein unabhängiges und unparteiisches Justizwesen in zivilen Angelegenheiten.

f. Willkürliche Eingriffen in Privatleben, Familie, Wohnung oder Schriftverkehr

Die Verfassung und Gesetze verbieten solche Eingriffe, und die Regierung hielt sich im Allgemeinen an diese Verbote.

Abschnitt 2: Achtung bürgerlicher Freiheiten, einschliesslich:

a. Rede- und Pressefreiheit

Die Verfassung und Gesetze garantieren die Rede- und Pressefreiheit, und die Regierung wahrte diese Rechte im Allgemeinen. Eine unabhängige Presse, ein wirksames Justizwesen und ein funktionierendes demokratisches politisches System gewährleisteten im Verbund die Rede- und Pressefreiheit.

Internet-Freiheit

Es gab keine staatlichen Einschränkungen des Zugangs zum Internet oder Berichte darüber, dass die Regierung E-Mails oder Internet-Chatrooms überwachte. Einzelpersonen und Gruppen konnten über das Internet friedlichen Meinungs austausch betreiben, einschliesslich per elektronischer Post.

Freiheit der Wissenschaft und Kulturwesen

Es gab keine staatlichen Einschränkungen der Freiheit der Wissenschaft oder des Kulturwesens.

b. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

Die Verfassung und Gesetze garantieren die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, und die Regierung wahrte diese Rechte im Allgemeinen.

c. Religionsfreiheit

Die Verfassung und Gesetze garantieren die Religionsfreiheit, und die Regierung wahrte dieses Recht im Allgemeinen.

Die römisch-katholische Kirche ist die offizielle Landeskirche; ihr Finanzhaushalt ist direkt in die Rechnungen der Landes- und Gemeindeverwaltungen integriert. Die Regierung gewährte auch an die evangelisch-reformierte, christlich-orthodoxe und die muslimische Gemeinschaft finanzielle Unterstützung. Kleinere religiöse Gruppierungen sind berechtigt, als Ausländervereine oder für spezifische Projekte staatliche Zuschüsse zu beantragen.

Römisch-katholischer und evangelisch-reformierter Konfessionsunterricht war in allen Primarschulen obligatorisch, aber die Schulbehörden erteilten routinemässig einzelne Dispensen für Kinder, deren Eltern dies verlangten.

Der Menschenrechtskommissar des Europarats kritisierte im Mai 2005, dass die Politik der Regierung die römisch-katholische Kirche bei der Verteilung der staatlichen Zahlungen gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften bevorteiligt und forderte die Regierung auf, ihre Praxis zu überprüfen, um eine gleichmässige Verteilung dieser Gelder zu gewährleisten. Im Jahre 2004 äusserte die UNO-Menschenrechtskommission ebenfalls Bedenken über die ungleiche Behandlung der verschiedenen Religionsgemeinschaften bei der Verteilung der staatlichen Gelder. Im November leitete

die Regierung eine weitere Sitzung der Arbeitsgruppe, die sich um einen Konsens bezüglich der Entflechtung von Staat und römisch-katholischer Kirche bemüht. Die Frage der staatlichen Zahlungen an die Religionsgemeinschaften war Teil dieser von der Regierung geleiteten Gespräche.

Soziale Gewalt und Diskriminierung

In einem Bericht von 2004 ortete die UNO-Menschenrechtskommission Anzeichen der religiösen Intoleranz und Diskriminierung von Muslimen (vgl. Abschnitt 5)

Laut Angaben von 2002 zählte die jüdische Gemeinde 18 Mitglieder. (Nach 2002 führte die Regierung die Statistiken zu Religionszugehörigkeit nicht weiter.) Es verlauteten keine Berichte über antisemitische Anschläge, aber einige Vandalenakte von Rechtsextremisten hatten antisemitische Untertöne (vgl. Abschnitt 5).

Nähere Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem International Religious Freedom Report 2006.

d. Bewegungsfreiheit innerhalb des Landes, Auslandsreisen, Auswanderung und Wiedereinbürgerung

Das Gesetz garantierte diese Rechte, und die Regierung wahrte diese im Allgemeinen.

Das Gesetz verbietet Zwangsexil nicht, aber es wurde von der Regierung nicht verfügt.

Flüchtlingsschutz

Das Gewähren von Asyl oder Flüchtlingsstatus ist im Gesetz vorgesehen im Einklang mit der UNO-Konvention von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und deren Protokoll von 1967, und die Regierung hat ein Verfahren etabliert, um Flüchtlingen Schutz zu bieten. In der Praxis bot die Regierung Schutz vor Refoulement, der Rückführung von Personen in ein Land, in dem ihnen Verfolgung drohte. Der Staat gewährte Flüchtlingsstatus und Asyl.

Die Regierung gewährte auch die vorläufige Aufnahme an Personen, welche gemäss der Konvention von 1951 und dem Protokoll von 1967 nicht als Flüchtlinge gelten, und gewährte diese zwei Personen während des Jahres. Die Regierung gewährte auch 37 Aufenthaltbewilligungen aus humanitären Gründen.

Die Regierung kooperierte mit dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge und anderen humanitären Organisationen bei der Unterstützung von Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Ein trilaterales Abkommen mit der Schweiz und Österreich verlangt von der Regierung, Personen den jeweiligen Behörden wieder zu übergeben, falls diese aus diesen Ländern ohne Erlaubnis eingereist sind.

Abschnitt 3: Achtung von politischen Rechten: Das Recht der Bürger ihre Regierung auszuwechseln

Die Verfassung und Gesetze garantieren den Bürgern das Recht, ihre Regierung friedlich auszuwechseln, und die Bürger nahmen dieses Recht wahr durch regelmässige, freie und faire Wahlen auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts.

Wahlen und politische Partizipation

Parlamentswahlen, die als frei und fair galten, fanden im März 2005 statt; die mitte-rechts stehende Fortschrittliche Bürgerpartei errang 12 Sitze, die mitte-links stehende Vaterländische Union errang 10 Sitze und die grün-alternative Freie Liste errang 3 Sitze im 25-köpfigen Parlament.

Einzelpersonen und Parteien konnten ungehindert ihre Kandidatur bekanntgeben und sich zur Wahl zu stellen.

Sechs Frauen sassen im 25-köpfigen Landtag und eine Frau im 5-köpfigen Regierungskabinett.

Es sassen keine Vertreter von Minderheiten in der Regierung.

Staatliche Korruption und Transparenz

Es verlauteten keine Berichte von staatlicher Korruption im Verlaufe des Jahres.

Das Gesetz schreibt der Regierung vor, die Öffentlichkeit über ihre Aktivitäten zu informieren, und Regierungsinformationen waren allen im Land wohnhaften Personen, einschliesslich in- und ausländischer Medien, frei zugänglich.

Abschnitt 4: Haltung der Regierung zu Untersuchungen von angeblichen Menschenrechtsverletzungen durch internationale Gremien oder Nichtregierungsorganisationen

Eine kleine Anzahl nationaler und internationaler Menschenrechtsgruppen operierten im Allgemeinen frei von staatlichen Einschränkungen, untersuchten menschenrechtliche Vorkommnisse und publizierten ihre Ergebnisse. Regierungsvertreter waren kooperativ und ihren gegenüber Ansichten aufgeschlossen.

Abschnitt 5: Diskriminierung, Misshandlung durch die Gesellschaft und Menschenhandel

Das Gesetz verbietet die Diskriminierung nach Rasse, Geschlecht, Sprache oder gesellschaftlicher Stellung. Das Gesetz verbietet ebenso öffentliche Anstiftung zu Gewalt sowie Hetze oder Beleidigung einer Rasse, eines Volkes oder einer ethnischen Gruppe.

Frauen

Jede Form von häuslicher Gewalt ist gesetzlich verboten und gegen gewalttätige Familienmitglieder kann eine einstweilige Verfügung erwirkt werden. Es verlauteten jedoch Berichte von Gewalt gegen Frauen, einschliesslich der Misshandlung von Ehepartnern. Gemäss offiziellen Angaben wurde die Landespolizei während des Jahres in 28 Fällen wegen häuslicher Gewalt aktiv. Fünf Aggressoren wurden für 10 Tage vom gemeinsamen Heim weggewiesen und 10 für einen zusätzlichen Zeitraum von drei Monaten. Die Behörden können Strafanzeige erstatten ohne eine Beschwerde des Opfers. 2005 verbrachten neun Frauen und 10 Kinder insgesamt 1'088 Nächte im Frauenhaus. Diese Nichtregierungsorganisation (NRO) berichtete, 97 Beratungen wegen häuslicher Gewalt geführt zu haben. Das Frauenhaus war Beratungsstelle und Zufluchtsort für misshandelte Frauen (auch Auswärtige) und angehörigen Kindern.

2004 beendete die Regierung ein gemeinsames Projekt mit Schweizer und Österreicher Nachbarregionen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt mittels Sensibilisierungsmassnahmen und brachte einen Leitfaden mit Ratschlägen für betroffene Freunde und Verwandte in mehreren Sprachen heraus.

Vergewaltigung, einschliesslich Vergewaltigung in der Ehe, ist ein krimineller Strafbestand, und die Strafverfolgungsbehörden gingen wirksam gegen solcher Verbrechen beschuldigte Personen vor. Vergewaltigung in der Ehe unterliegt demselben Strafmass wie Vergewaltigung unter anderen Umständen. Das Strafmass kann herabgesetzt werden, falls das Opfer sich entscheidet, bei dem gewalttätigen Partner zu bleiben. Es gab im Verlaufe des Jahres zwei Strafermittlungen wegen Vergewaltigung, wobei eine Strafanzeige resultierte. Polizeistatistiken erfassen Vergewaltigung in der Ehe nicht separat.

Prostitution ist verboten; die Polizei tolerierte diese jedoch in den paar Nachtclubs des Landes so lange sie keinen öffentlichen Anstoss erregte. Eine Person der Prostitution zuzuführen ist strafbar mit bis zu sechs Monaten Haft oder schweren Bussen, oder beidem, und mit bis zu drei Jahren falls das Opfer unter 18 Jahren alt war.

NROs gingen davon aus, dass es Frauenhandel gab; allerdings wurden im Verlaufe des Jahres keine spezifischen Fälle dokumentiert (vgl. Abschnitt 5, Menschenhandel).

Sexuelle Belästigung ist verboten und wird mit bis zu 6 Monaten Gefängnis oder Busse bestraft, und die staatlichen Behörden setzten dieses Verbot wirksam um. Arbeitgeber sind verpflichtet, angemessene Massnahmen zur Verhinderung von sexueller Belästigung zu ergreifen; ein diesbezügliches Versäumnis kann eine Schadenersatzpflicht gegenüber einem Opfer von bis zu 40'000 Franken nach sich ziehen. Es gab im Verlaufe des Jahres 14 Strafermittlungen wegen sexueller Belästigung, die eine zu vier Strafanzeigen und drei Verurteilungen führte.

Nach dem Gesetz haben Frauen dieselben Rechte wie Männer, einschliesslich der Bestimmungen im Familienrecht, Sachenrecht und im Justizwesen. Die Stabsstelle für Chancengleichheit und die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

arbeiteten an der Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Geschlechter. Gesellschaftliche Diskriminierung schränkte jedoch die Möglichkeiten von Frauen in traditionell von Männern dominierten Bereichen weiterhin ein. Männer waren besser bezahlt als Frauen, und Frauen erhielten im Allgemeinen nicht den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit. Zur Umsetzung einer Richtlinie der Europäischen Union verabschiedete das Parlament im Mai einstimmig Anpassungen des Arbeitsvertragsrechts und des Gleichstellungsgesetzes, um die Diskriminierung der Geschlechter am Arbeitsplatz zu bekämpfen.

Kinder

Der Staat setzte sich ein für die Rechte und das Wohl von Kindern und sorgte für ein ansehnliches öffentliches Schulwesen und Gesundheitsfürsorge. Es besteht allgemeine Schulpflicht bis zum Alter von 16 Jahren, und der Schulunterricht ist kostenlos bis zum Abschluss des Gymnasiums. Praktisch alle Kinder im Schulalter besuchten den Unterricht. Ungefähr 50 Prozent schliessen eine Berufslehre oder technische Ausbildung ab und zusätzliche 30 Prozent erwerben einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss.

Der Staat übernahm die Gesundheitsfürsorge für Kinder unter 16 Jahren.

Es verlauteten einige Berichte von Misshandlungen von Kindern. Im Verlaufe des Jahres gab es fünf Strafanzeigen wegen Kindsmisshandlung aber keine Verurteilungen. Im April 2005 publizierte die Fachgruppe gegen sexuellen Missbrauch an Kindern und Jugendlichen eine Broschüre für leicht mit Kindsmisshandlungen konfrontierte Berufsleute, welche Leitlinien enthielt, um den Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten zu erleichtern. Jedes Jahr wird die Fachgruppe im Allgemeinen in zwölf bis vierzehn Verdachtsfällen von sexuellem Missbrauch kontaktiert.

Der Besitz von Kinderpornographie ist ein Offizialdelikt. Die Regierung hat die Verjährungsfrist für Verbrechen gegen die sexuelle Integrität von Kindern erhöht. Im Januar 2005 trat eine Revision des Strafprozessrechts in Kraft, welche den Schutzbedürfnissen von jugendlichen Opfern oder Opfern von Sexualdelikten besonders Rechnung trägt.

Der Staat finanzierte Programme zum Schutz der Rechte von Kindern und leistete finanzielle Unterstützung an drei NRO, welche über den Schutz der Rechte von Kindern wachten. Das Amt für Soziale Dienste überwachte die Umsetzung von staatlich unterstützten Programmen für Kinder und Jugendliche.

Menschenhandel

Menschenhandel ist gesetzlich verboten und es verlauteten keine Berichte von Personen, die ins, durch oder aus dem Land verbracht wurden; einige NRO nahmen aber an, dass es Fälle von Frauenhandel gab, diese jedoch nicht erfasst wurden.

Im Mai 2005 äusserte der Menschenrechtskommissar des Europarats Bedenken, dass die kurzfristigen Aufenthaltsbewilligungen zusammen mit der prekären finanziellen Lage der Mehrheit der ausländischen Cabaret-Tänzerinnen deren Risiko erhöht, zum Opfer von Menschenhändlern zu werden. Der Menschenrechtskommissar forderte die Behörden auf, die Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen durch die Nachtclubbesitzer sorgsam zu überwachen. Die Regierung schuf eine Expertenarbeitsgruppe für die staatliche Unterstützung von Opfern von Gewaltverbrechen, einschliesslich für Opfern von Menschenhandel.

Menschen mit Behinderungen

Obwohl das Gesetz die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen nicht verbietet, verlauteten keine Berichte von Diskriminierung gegen solche Personen am Arbeitsplatz, im Bildungswesen, beim Zugang zur Gesundheitsfürsorge, oder der Erbringung von anderen staatlichen Leistungen. Im Oktober verabschiedete das Parlament ein neues Gesetz über die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, welches verlangt, dass alle öffentliche Gebäude innerhalb von fünf Jahre für Menschen mit Behinderungen zugänglich gemacht werden.

Nationale und ethnische Minderheiten

Im Jahre 2004 äusserte die UNO Menschenrechtskommission Bedenken über die Beständigkeit von Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz besonders gegenüber Muslimen und Personen türkischen Ursprungs.

Rechtsextremisten einschliesslich Skinheads waren öffentlich aktiv während des Jahres, aber die Polizei schätzte ihre Zahl auf nicht mehr als 30 bis 40. Es verlautete einige Berichte von Skinhead-Vorfällen während des Jahres, aber keiner betraff rassistisch motivierten Angriffe gegen Ausländer oder ethnische Minderheiten. Im April beschmierten unbekannte Vandalen im ganzen Land eine grosse Anzahl von Plakaten einer staatlichen Antirassismuskampagne, machten diese unleserlich und versahen einige davon mit rechtsextremistischer Propaganda.

Die Regierung überwachte rechtsextreme Gruppierungen. Eine Beratergremium der Regierung versuchte die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, um dem Problem der Gewalt an öffentlichen Orten wie Schulhöfen und Spielplätzen zu begegnen. Eine Kommission arbeitet an Leitlinien zur Eindämmung von Gewaltzwischenfällen an öffentlichen Anlässen.

Abschnitt 6: Rechte der Arbeitnehmer

a. Vereinigungsfreiheit

Das Gesetz gewährt allen Arbeitnehmenden, auch den ausländischen, die Freiheit, sich zusammenzuschliessen, einer Gewerkschaft ihrer Wahl beizutreten und ihre eigenen Gewerkschaftsführer zu wählen, und die Arbeitnehmenden machten von diesen Rechten

Gebrauch. Aufgrund der geringen Grösse und Bevölkerungszahl des Landes gab es nur eine Gewerkschaft, welche ungefähr 13 Prozent der Arbeiterschaft vertrat. Das Gesetz verbietet die Diskriminierung von Gewerkschaftern nicht, aber es verlauteten keine Berichte von Diskriminierungen von Gewerkschaftern.

b. Recht auf kollektive Verhandlungen

Das Gesetz erlaubt den Gewerkschaften, ihre Aktivitäten frei von Einmischung zu durchzuführen, und die staatlichen Behörden schützten dieses Recht. Das Gesetz garantiert Arbeitnehmenden das Recht auf kollektive Verhandlungen. Ungefähr 25 Prozent der Arbeitnehmenden waren durch Gesamtarbeitsverträge gedeckt. Arbeitnehmer besitzen das Streikrecht ausser in gewissen Bereichen der Grundversorgung. Es kam zu keinen Streikwährend des Jahres und es verlauteten keine Berichte von Verweigerungen des Streikrechts.

Es gibt keine Exporthandelszonen.

c. Verbot von Zwangs- oder Pflichtarbeit

Zwangs- oder Pflichtarbeit, einschliesslich Kinderarbeit, sind gesetzlich verboten und es verlauteten keine Berichte über solche Vorkommnisse.

d. Verbot von Kinderarbeit und Mindestalter für Erwerbstätigkeit

Es gibt Gesetze und Bestimmungen zum Schutz von Kindern vor Ausbeutung am Arbeitsplatz. Das Gesetz verbietet die Erwerbstätigkeit von Kindern unter 16 Jahren; Ausnahmen sind möglich für die reduzierte Erwerbstätigkeit von Jugendlichen von 14 und mehr Jahren und für jene, welche die Schule nach 9 Jahren obligatorischer Schulzeit verlassen. Jugendliche von 14 und mehr Jahren können mit leichten Tätigkeiten beschäftigt werden während nicht mehr als 9 Stunden pro Woche während der Schulzeit und 15 Stunden während der restlichen Zeit.

Im Mai 2005 trat eine neue Verordnung in Kraft, welche Arbeit verbietet, die Kinder physischer, psychologischer, moralischer oder sexueller Ausbeutung aussetzt. Es verlauteten keine Berichte, dass irgendwelche Verstösse gegen die Verordnung verfolgt wurden.

Die Regierung setzte angemessene Ressourcen und Kontrollen ein zum Schutz jugendlicher Arbeitnehmer und der Fachbereich Arbeitssicherheit im Amt für Volkswirtschaft wachte wirksam über die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen. Der Fachbereich Arbeitssicherheit führte im Verlaufe des Jahres 253 Inspektionen vor Ort durch und stellte keine gravierenden Verletzungen des Gesetzes fest.

e. Annehmbare Arbeitsbedingungen

Es gab keinen nationalen Mindestlohn; das Durchschnittseinkommen ermöglichte jedoch einem Arbeitnehmer mit Familie einen angemessenen Lebensstandard.

Das Gesetz setzt die maximale wöchentliche Arbeitszeit fest auf 45 Stunden für Büroangestellte sowie Arbeitnehmende in Industrie und Detailhandel und auf 48 Stunden für alle anderen Arbeitnehmenden. Das Gesetz schreibt einen täglichen einstündigen Unterbruch sowie eine 11-stündige Ruhezeit für Vollzeitangestellte vor. Abgesehen von wenigen Ausnahmen war Sonntagsarbeit nicht erlaubt. Der Lohn für Überzeit musste mindestens 25 Prozent höher sein als die normale Lohnrate und Überzeit war im Allgemeinen auf 2 Stunden pro Tag begrenzt. Über einen Zeitraum von vier Monaten darf die totale durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche einschliesslich Überzeit 48 Stunden nicht überschreiten.

Das Gesetz macht Vorschriften zum Gesundheitsschutz und zur Sicherheit am Arbeitsplatz und der Fachbereich Arbeitssicherheit setzte diese Bestimmungen im Allgemeinen wirksam um. Das Gesetz garantiert Arbeitnehmenden das Recht, sich von gefährlichen oder gesundheitsschädigenden Arbeitsumständen zu entfernen ohne Risiko eines Verlust des Arbeitsplatzes, und Arbeitnehmende machten von diesem Recht Gebrauch.

Originaltext: Country Reports on Human Rights Practices - 2006